

Redaktioneller Teil

Zur Wirtschaftslage.

Von Professor Dr. G. Menz.

Die allgemeine Lage ist augenblicklich alles andere als »weihnachtlich«. Nachgerade sind wir es ja gewohnt, daß sich, wenn es allmählich auf den Jahreswechsel zugeht, die Dinge zuspitzen und das Gespenst einer Krise auftaucht. Gegenwärtig stehen aber nicht nur die innerpolitischen Verhältnisse unter erhöhtem Spannungsdruck. Auch außenpolitisch wetterleuchtete es schon einmal bedenklich im Osten. In Genf ist zwar anscheinend die Beruhigung gelungen; es bleibt aber doch auch hier noch Spannung genug zurück. Gerade der Entwicklung im Osten sollte man im übrigen nicht unterlassen die nötige Aufmerksamkeit zuzuwenden. Man ist vielleicht auf Grund parteiisch voreingenommener Berichte der Tageszeitungen oft genug geneigt, sich von den Verhältnissen dort Vorstellungen zu machen, die mehr gewissen Hoffnungen und Wünschen entsprechen als den Tatsachen. Sehr zur rechten Zeit sind, vom Osteuropa-Institut in Breslau in Verbindung mit der Industrie- und Handelskammer Berlin herausgegeben (Verlag M. & S. Marcus), kürzlich zwei Bände »Osteuropäische Länderberichte« erschienen, die eine gründliche Orientierung über das ganze Gebiet von den baltischen Randstaaten bis zum Balkan hinunter gestatten. Es ist das ja das Gebiet, in dem zu einem guten Teil mit über die Zukunft der deutschen Weltgeltung entschieden wird. Es muß für den deutschen Kulturkreis gewonnen und erhalten werden. Daran ist auch das deutsche Buch stark interessiert. Wichtig sind jene Gebiete vor allem auch als Brücken nach Rußland hinüber. Es kann uns also nicht gleichgültig sein, wie sich die Dinge dort gestalten. Von irgendwelchen Verwicklungen werden vermutlich auch die deutschen Minderheiten dort schwer getroffen werden. So ist uns durch die Nachrichten der letzten Zeit aus diesem Wetterwinkel wieder einmal ins Gedächtnis gerufen worden, wie labil auch das außenpolitische Gleichgewicht immer noch ist. Um so notwendiger ist es, daß wir innerpolitisch vor allen Erschütterungen bewahrt werden, insbesondere auch auf wirtschaftspolitischen Gebiet. Hier aber zeigen die Auseinandersetzungen in der Eisenindustrie eine Spannung an, die recht ernst stimmen kann. Man muß dringend wünschen, daß die friedliche Beilegung nicht mißglückt.

Die durch den Bericht des Reparationsagenten ausgelöste Erörterung ist allmählich abgeklaut. Schachts große Rede über »die geborgte Währung« ist leztlich als Broschüre erschienen (Verlag Quelle & Meyer). Es lohnt sich doch, sie noch einmal nachzulesen. Dann wird einem klar, wie lange sich doch diese Auseinandersetzungen schon hinziehen, aber auch wie dringend es deshalb ist, die strittigen Fragen wirklich zu bereinigen. Zeitungsmeldungen zufolge bahnt sich ja hinsichtlich der Kommunal-Auslandanleihen eine Verständigung an. Von Regierungseite hat Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius in Beantwortung der sozialdemokratischen Interpellation im Reichstag Gelegenheit gehabt, zusammenfassend das ganze Problem zu beleuchten. Beachtenswert sind dabei vor allem seine Schlusssätze:

Alle Maßnahmen, von denen ich gesprochen habe, könnten wirkungslos werden, und das Bild, das ich Ihnen entrollt habe, würde unvollständig sein, wenn wir nicht damit rechnen dürften, daß die Reichsreform alsbald erfolgt und ich Ihnen nicht auch über den Stand der Arbeiten an diesem großen Problem berichtete. Bereits vor Eingang des Memorandums haben wir die Frage der

Verwaltungsreform aus der Sphäre der Theorie in die Praxis überzuführen gesucht. Nach Vorbereitung eines Ausschusses der Reichsregierung, der aus dem Reichsinnenminister, dem Reichsfinanzminister und dem Reichsparkommissar besteht, haben wir vor wenigen Tagen ein Programm für die Konferenz mit den Ministerpräsidenten aller Länder im Januar nächsten Jahres entworfen. Wir wissen wohl, daß Verwaltungs- und Verfassungsreform nicht voneinander unabhängig sind. Wir glauben aber nicht, daß alle Fragen auf einmal gelöst werden können. Wir haben neben der Verfassungsfrage auf die Tagesordnung auch Maßnahmen zur Gewährleistung sparsamster Finanzwirtschaft und Verwaltungsreform in Reich und Ländern gesetzt und sind entschlossen, die Konferenz zu praktischen Maßnahmen zu führen. Wir erwarten, daß die Länder zur Gemeinschaftsarbeit unter Führung des Reiches in Fragen der Staatgestaltung, der Investitionen, der Anleihepolitik, regelmäßiger Aufklärung über ihre steuerliche Lage und anderes bereit sein werden. Wir werden auch praktische Einzelmaßnahmen für die Verwaltungsreform in jener Konferenz vorschlagen. Die Stunde zum Handeln hat geschlagen. Ich glaube, wir dürfen die Dinge nicht treiben lassen. Wir würden eine Schuld auf uns laden, die in einem Dichterwort so gekennzeichnet ist:

Die Zeit zum Handeln jedesmal verpassen,
Nennt ihr die Dinge sich entwickeln lassen.
Was hat sich denn entwickelt, sagt mir an,
Das man zur rechten Stunde nicht getan?

Man darf daraus entnehmen, daß die Rationalisierung der Verwaltung in irgendeiner Form demnach nun doch in absehbarer Zeit vorwärtsgebracht werden wird. Zur Entlastung der Wirtschaft ist das dringend erwünscht. In Mitteldeutschland hat man die Frage ja in einer Versammlung kürzlich in Magdeburg ganz besonders energisch angepaßt. Äußerungen des Rates der Stadt Leipzig lassen darauf schließen, daß man auch hier versuchen wird, Anschluß daran zu gewinnen. Das ist für den Buchhandel vielleicht nicht ganz unwichtig, ist doch Leipzig immer noch die Buchhandelsstadt.

Der Monatsbericht des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe gibt das zusammenfassende Urteil über die Wirtschaftslage in engerem Sinne diesmal lakonisch dahin ab:

Die Wirtschaftslage im Monat November hat sich gegenüber dem Vormonat wenig verändert. Die Schlüsselindustrien sind im allgemeinen noch gut beschäftigt, ebenso die Elektrizitäts- und die chemische Industrie. Aus der Maschinen- und der Textilindustrie wurde vereinzelt ein Rückgang im Beschäftigungsgrad gemeldet. Das Baugewerbe ist saisonmäßig stark zurückgegangen. Im Handel und Handwerk hat sich das kommende Weihnachtsgeschäft noch wenig ausgewirkt. Die Arbeitslosenziffer erreichte mit 442 000 am 15. Oktober ihren Tiefstand und stieg dann wieder auf 518 000 am 15. November. Die Lohnbewegung ist noch nicht zum Stillstand gekommen, dagegen hat die Preisbewegung an Festigkeit verloren. Die Einfuhr stieg von 1184,6 im September auf 1255,2 Millionen Reichsmark im Oktober, die Ausfuhr von 935,9 auf 963,3 Mill. RM. Die Aktienkurse erreichten mit einem Durchschnittskurs von 136 an der Berliner Börse ungefähr den Stand des Vorjahres.

Sonderlich optimistisch klingt das nicht. Der Sonderbericht über die Lage im Einzelhandel ist freudiger gestimmt. Danach war die Geschäftslage in den kleineren Orten mit Eintritt der Kälte sehr lebhaft; insbesondere hat die Landbevölkerung die Einkäufe nachgeholt, die sie infolge der Verspätung der Ernte im Oktober nicht mehr machen konnte. Auch der Hausierhandel hatte gute Erfolge, obwohl er höhere Preise als der Einzelhandel hat und obwohl auch die Güte seiner Waren nicht mit der des Einzelhandels Schritt halten kann. Der Bericht muß aber zugeben, daß sich in den Städten das Weihnachtsgeschäft bisher